

„Wegsehen ist salonfähig geworden“

Streit um Videoüberwachung: CSU kritisiert Gote

BAYREUTH

Das Thema Sicherheit und Videoüberwachung in Bayreuth ist endgültig zum Wahl-Aufreger geworden. Namentlich CSU und Grüne haben sich darüber zerstritten, wie eine neuerliche Stellungnahme der CSU zeigt.

Die CSU-Stadträte Bruno Hauck und Dr. Stefan Specht hatten in einem Antrag an die Stadtverwaltung gefordert, die Videoüberwachung an ausgewählten Stellen des Stadtgebiets einzuführen (Montagsausgabe). Daraufhin hatte die Grünen-Landtagsabgeordnete Ulrike Gote unter Hinweis auf die Kriminalstatistik der Polizei, die belege, dass Bayreuth eine sichere Stadt sei, die Stadtratskollegen ebenso wie die Bayreuther Gemeinschaft kritisiert: „Die Scharfmacher in Sachen Sicherheit im öffentlichen Raum handeln verantwortungslos. Deshalb lasst endlich dieses populistische Geschwätz!“



Mangelnde Zivilcourage

Diese Äußerungen haben nun die CSU-Stadträte Hauck und Specht abermals auf den Plan gerufen. Sie wehren sich vehement gegen den Populismus-Vorwurf – auch unter Hinweis auf die KURIER-Berichterstattung, in der bald täglich irgendwelche Einbrüche, Aufbrüche, Überfälle oder Graffitaktionen auftauchen. „Diese Fakten zu bagatellisieren“, wie es Frau Gote derzeit betreibt, „verhöhnt die Opfer“ und ist aus Sicht von Hauck und Specht „ein Schlag ins

Gesicht derer, die sich nicht wehren können und die auf Hilfe und Schutz der Allgemeinheit angewiesen sind“, heißt es weiter in der Pressemitteilung.

„Ein Ignorieren dieser Vorfälle, wie es Frau Gote betreibt, ist aus Sicht der CSU-Stadträte gleichzusetzen mit mangelnder Zivilcourage und unterlassener Hilfeleistung“, meinen Hauck und Specht und teilen noch eine Watschn in Richtung Gote aus: „Wegsehen scheint salonfähig geworden zu sein – eine Haltung, der wir uns als Privatpersonen nicht und als Stadträte mit klarem Auftrag schon zweimal nicht anschließen“.

Bürger ernst nehmen

Specht und Hauck wollen vielmehr dazu auffordern, „der objektiven Gefahrenlage konstruktiv zu begegnen und den von vielen Bürgern subjektiven Mangel an Sicherheit ernst zu nehmen“. Selbstredend unter Wahrung des Datenschutzes.

Specht und Hauck halten Gote daher vor, „einem legitimen und notwendigen Denkanstoß mit einem billigen Gemisch einfach strukturierter Vorurteile und pauschaler Diffamierungen zu begegnen anstatt sich mit der Thematik differenziert und ernsthaft auseinander zu setzen“. Wer die Interessenvertretung der Bürger als Populismus abqualifiziere, Beamte pauschal als Voyeure unter Generalverdacht stelle und „das Ganze noch mit einer Extraportion Frauenfeindlichkeit“ garniere, überschreite die Grenze des politischen Anstands, so Specht.

Bruno Haucks Schlussforderung: „Anstatt kritiklos billige Klischees zu bedienen und in alte politische Beißreflexe zu verfallen, sollte das wichtige Thema ‘Sicherheit’ lieber ernsthaft, sachkundig und vorurteilsfrei diskutiert werden“.